

„Alarmsignal“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung präsentiert eine Aufsehen erregende Studie über den Rechtsextremismus

Von unserem Korrespondenten
Thomas Wittke

BERLIN. „Erschreckend“ findet Kanzlerin Angela Merkel (CDU) die Studie. Die Bundesregierung will die 180-Seiten-Untersuchung, die die Friedrich-Ebert-Stiftung gestern in Berlin vorlegte, aber erst einmal ausführlich prüfen. Die vier Autoren gaben der Arbeit im Auftrag der SPD-Stiftung den Namen „Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“. Kernthese: Die Ausländer- und Islam-Feindlichkeit nimmt in Deutschland ebenso zu wie das rechtsextreme Denken. Methodisch kann man der Studie (www.fes.de) keinen Vorwurf machen. Die Autoren befragten 2 411 Personen zwischen 14 und 90 Jahren. Sie bewegt sich damit im repräsentativen Rahmen vergleichbarer Untersuchungen.

Kern-Erkenntnisse: Ein Viertel der Bevölkerung schließt sich fremdenfeindlichen Äußerungen an. Vor zwei Jahren taten dies in einer Vergleichsstudie der Stiftung 20 Prozent. Ein Beispiel: Dem Satz „die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“, unterstützen fast 36 Prozent der Bevölkerung. Einen ähnlichen Zuspruch erfahren Aussagen wie „Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen“ oder „bei knappen Arbeitsplätzen müssen Ausländer wieder in ihre Heimat geschickt werden“ mit jeweils über 30 Prozent.

Generell begründen die Wissenschaftler die gewachsene Nähe zu rechtsextremen und ausländerfeindlichen Aussagen mit der Wirtschafts- und Bankenkrise, die die vergangenen 24 Monate geprägt hat. Aus der hohen Unterstützerzahl für solche Aussagen erklärt sich eine weitere Schlussfolgerung: Rechtsextreme Denkschablonen seien längst in der gesellschaftlichen Mitte angekommen. Das gelte selbst für Milieus,



Mit seinem Dienstwagen fährt Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse am 20. September bei seiner „Tour für Demokratie“ an einem Stein mit dem Schild „Dorfgemeinschaft Jamel frei-sozial-national“ am Ortseingang von Jamel bei Wismar vorbei.

FOTO: DPA

die sich als „links“ verstehen. Die Ergebnisse sind deprimierend: Mehr als 90 Prozent halten es für sinnlos, sich politisch zu engagieren. Damit steht die Untersuchung im teilweisen Widerspruch zu der jüngsten Shell-Studie, die von einer wachsenden politischen Einsatzbereitschaft vor allem bei jüngeren Menschen berichtet.

Zwar halten 90 Prozent die Demokratie für eine grundsätzlich gute Sache. Aber die im Grundgesetz niedergelegte Konkretisierung unterstützen nur noch 73,6 Prozent. Und: Mit dem tatsächlichen Funktionieren der demokratischen Staatsform sind nur 46,1 Prozent zufrieden. Im Umkehrschluss heißt dies: Die Mehrheit der Befragten fühlt sich im demokratischen Alltag nicht wohl. Gut jeder Vierte hat laut der Umfrage Sehnsucht nach einer „starken

Partei“, die die „Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Jeder Zehnte will einen „Führer“, der „mit harter Hand“ regiert.

Massiv auch die Intoleranz gegenüber den Muslimen: Gefragt, ob die muslimische Religionsausübung in Deutschland erheblich eingeschränkt werden solle, sprachen sich 58,4 Prozent für eine solche – grundgesetzwidrige – Maßnahme aus. Im Osten Deutschlands stimmten drei von vier Bürgern für eine solche Einschränkung. Über 55 Prozent können „gut verstehen“, dass „manchen Leuten Araber unangenehm“ seien. Gefragt wurde auch nach dem Verhältnis zum Judentum. 17,2 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass „auch heute noch der Einfluss der Juden zu groß“ sei. Ein geschlossen rechtsextremes Weltbild hätten

10,5 Prozent der ostdeutschen und 7,6 Prozent der westdeutschen Bevölkerung. Als ein „Alarmsignal für Politik und Gesellschaft“ werten die Autoren ihre Studie. Es bestehe die Gefahr, dass Rechtspo-

pulisten aus der Situation „politisch Kapital“ schlagen würden. Die vergleichsweise geringe Zustimmung für Rechtsextremisten bei Wahlen stelle keine „Entwarnung“ dar.

Kernaussagen der Studie

■ „Rechtsextreme Einstellungen finden sich nicht nur am politischen Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft: in allen Gruppen, in allen Altersstufen, unabhängig vom Erwerbsstatus und Bildungsgrad und bei allen Geschlechtern.“

■ „Wir müssen in 2010 einen Anstieg von dezidiert antidemokratischen und rassistischen Einstellungen feststellen.“

■ „Der Trend, dass seit 2002 immer weniger Deutsche eine Diktatur befürworten, hat sich umgekehrt... Je-

der Zehnte hält eine Diktatur für die bessere Staatsform.“

■ „Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit wurden im Jahr 2010 stärker befürwortet als noch im Jahr 2008.“

■ „Ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland wünscht sich jeder Dritte. Mut zu einem starken Nationalgefühl fast 40 Prozent.“

■ „Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise haben rechtsextreme Einstellungen zugenommen.“ twi